

Saale-Zeitung.

Wenden die Gelpaltze Kolonien... oder deren Raum mit 80 Pfg. ...

Bezugspreis... Die Halle vierteljährlich bei postmässiger...
Bestellungs- und Abnahmebedingungen...

Stiebendvierziger Jahrgang.

Nr. 246.

Halle, Donnerstag, den 29. Mai

1913.

Wehrvorlage und Deckung.

L. C. Man ist nun fest in der Frage der Wehr- und Deckungsvorlagen in der Reichstagskommission ein gutes Stück normiert gekommen. Die Linke hat zusammengehalten, und das ist jedenfalls für die Zukunft ein recht erfreuliches Zeichen.

Das Bestreben der schwarz-blauen Koalition, Wehr- und Deckungsvorlagen mit einer und derselben Mehrheit herzustellen, trat bei den gestrigen Kommissionsberatungen in trauerlicher Weise hervor. Es muß dabei allerdings hervorgehoben werden, daß die konservative Partei unter der glänzenden Führung des Herrn Westarp sehr viel plumper und aggressiver vorging als das Zentrum, das sich ja bekanntlich immer noch ein Sinterbüchlein läßt, durch das es im gegebenen Fall entschlüpfen kann.

Die Art und Weise, wie die konservative Fraktion vorgeht, war ganz bedauerlich auffällig. Kategorisch verlangte sie vom Reichswehrminister die Erklärung, daß die Wehrvorlage nicht verabschiedet werden solle ohne gleichzeitige Regelung der Deckung. Und als der Staatssekretär der Aufstellung der Regierung dahin Ausdruck gab, daß die Deckungsfrage ebenfalls noch im Laufe des Sommers ihre volle Fassung finden solle, erhob sich der konservative Sprecher nochmals und erklärte, daß die Antwort des Herrn Kühn keine Antwort nicht befriedigt habe, und er forderte so eine Art kleine Obstruktion an. Die patentierten „Kletter des Vaterlandes“, die Postkitter, denen die militärischen Rüstungen nicht hoch genug gehen können, sie werden eine Obstruktion an gegen das Zustandekommen der Wehrvorlage — ausschließlich aus dem Grunde, weil sie fürchten, daß die Deckung für die gewaltigen Kosten nicht in ihrem Sinne erfolgen wird! Das ist der Patriotismus dieser Herren! Man sieht aus diesem Vortommnis wieder einmal, wie hoch das patriotische Gewölk der Herren auf der Rechten ist. Wehrvorlage — ja, wenn die anderen sie begehren; Wehrvorlage aber — nein, wenn eine Deckung gefordert und gefunden wird, die dem Geldbeutel der großen Agrarier wehe tun könnte! Für einen wirklichen Vaterlandsfreund gibt es doch nur einen Standpunkt: entweder die Wehrvorlage ist für den Schutz des Vaterlandes notwendig, dann muß sie bewilligt werden, auch wenn die Deckung nicht ganz nach der eigenen Auffassung ausfallen sollte; oder aber sie wird als unnötig empfunden, dann muß sie abgelehnt werden, selbst wenn die Deckung dafür noch so schön sein sollte. Diesen einfachen und gefunden Standpunkt verlassen die Konservativen, wenn sie Rüstung und Deckung in einen unaufsärbaren Zusammenhang bringen wollen und wenn sie der Regierung bei der Erledigung der Angelegenheit Steine in den Weg werfen, wie es jetzt ganz den Anschein hat.

Die Konservativen drohen der Regierung bei der Verabschiedung einer Wehrvorlage! Das ist ein Schimpalier für Götter, zugleich aber ein politischer Akt, der in der Geschichte Deutschlands festgehalten zu werden verdient. Es stellt sich wieder einmal erlautend heraus, daß für die Konservativen die wichtigste Frage ist und bleibt die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Machtstellung. Diese leben sie jetzt erschütterter, und daher die trampfhaften Bestrebungen, der Regierung vorzumachen, daß Rüstung und Deckung nur von derselben Mehrheit gemacht werden dürften, was dasselbe bedeuten würde, als daß der Gedanke einer wirklich sozialen und volkstümlichen Wehrsteuer ein für allemal begraben sein müßte.

Auch das Zentrum hat angekündigt, daß seine Stellungnahme zur Wehrvorlage abhängen werde von der Art und Weise der Lösung der Deckungsvorlage. Aber will etwa das Zentrum glauben machen, daß es die sachlich von ihm gebilligte Rüstungsvorlage ablehnen könnte, wenn die beschlossene Deckung nicht nach seinem Geschmack ist? Damit würde sich die Partei betätigen in Unrecht setzen, daß sie es sich doch dreimal überlegen wird, ob sie es diesbezüglich zu einer Krisis im Deutschen Reichstage kommen lassen möchte. Wir haben viel eher den Eindruck, daß das Zentrum den alten Fehler der Nichtbewilligung der Wehrvorlage ganz fern wieder gutmachen und froh sein würde, wenn es mit einem patriotischen Augenaufschlag schließlich aus der Affäre herauskommen könnte. Es weiß ganz gut, daß das Scheitern der Wehrvorlage ihm in seinen eigenen Reihen viel weniger verhasst ist. Jedenfalls wird das Zentrum sich nunmehr bald dazu bequemen müssen, völlige Klarheit über seine Stellungnahme zur Militärvorlage zu geben.

Die fortschrittliche Volkspartei hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Erledigung der Frage, was uns die Verhärzung unserer Rüstung an neuen Rollen aufbürden wird, zunächst für das Wichtigste hält; sie wünscht also in erster Linie die Erledigung der Wehrvorlagen. Es liegt aber auch durchaus in ihrem Sinne, daß die Lösung der

Deckungsfrage sich so rasch wie möglich anschießt. Wenn es möglich wäre, die Deckung noch in der laufenden Tagung zu erreichen, so wäre vom fortschrittlichen Standpunkt aus dagegen nichts einzuwenden. Allerdings dürfte es Hochsommer werden, wenn alles unter Dach und Fach gebracht werden soll. Schneller könnte es ja freilich gehen, wenn es gelingen sollte, ein gangbares Kompromiß zu finden, dessen Erledigung dann nur kurze Zeit in Anspruch nehmen würde. Man spricht von der Möglichkeit eines solchen Kompromisses. Eventuell würde dann bei der zweiten Lesung der Wehrvorlage im Plenum schon Klarheit vorhanden sein über die Deckung, und dann hätten ja Konservative und Zentrum die Möglichkeit, im hohen Bunde mit der Sozialdemokratie eine sachlich für notwendig befundene, dem Vaterlande nützliche Wehrvorlage abzulehnen, weil ihnen die Deckung nicht paßt! Ob sie dazu wohl den Mut finden werden?

Die fortschrittliche Volkspartei wird auch bei den Verhandlungen über die Deckung festhalten an den Vorschlägen, die sie schon längst unterbreitet hat: Reichsvermögenssteuer oder Erbschaftsteuer. Und wenn nicht alles täuschl. wird sich auch unter diesem Zeichen die zukünftige Vorlage bewegen.

Ein sehr solider Standpunkt.

Die „Königliche Ztg.“ legt in einem Leitartikel: „Auf den ersten Blick sieht der Standpunkt der schwarz-blauen Parteien, die Wehrvorlage nicht anders als zusammen mit den Deckungsvorlagen zu verabschieden, die beiden Gesetze also zu verquiden — sehr so lib aus! Wer möchte nicht, daß mit der Heeresvorlage gleichzeitig auch die nötigen Mittel zur Deckung bewilligt würden! Aber die Dinge liegen nun so, daß eine gleichzeitige Verabschiedung der Wehr- u. Steuer Gesetze unmöglich ist, daß die Verquickung eine gefährliche Verschleppung der Wehrvorlage bedeutet. Das entscheidende Wort dafür hat der Kriegsminister gesprochen, als er in der Budgetkommission sagte, die Wehrvorlage müsse allererstens bis zum 1. Juli verabschiedet sein, wenn sie bis zum 1. Oktober durchgeführt sein soll. Bis dahin aber haben Kommission und Plenum nur noch fünf Sommerwochen zur Verfügung. Das in dieser kurzen Zeit die Kommission den Wehrbeitrag in eine annehmbare Form gebracht, die übrigen preussischen Steuer Gesetze bearbeitet, die die Regierungsvorläge, die sicher der Zeit verfallen, neue Auswege gefunden, vor allem aber, daß sie sich dahin das harte Problem der Besteuerung gelöst, daß sie zu allem aus noch die zweite Lesung der Wehrvorlage hinter sich gebracht hätte, ist ein Optimismus, der ungelöst der Erfordernisse, die man mit Steuervorlagen gemacht hat, von vornherein dazu verurteilt ist, Theorie zu bleiben. Deshalb kann die Lösung nur die sein, die von den Nationalliberalen mit ihrem Beschlusse angesetzt worden ist: zunächst einmal das Wichtigste und Unausführbare, die Erledigung der Heeresvorlage in den nächsten Wochen, vielleicht auch noch die Bewilligung des Wehrbeitrags, die immerhin dem vorliegenden Finanzmanne eine gewisse Sicherheit für die Deckung der Ausgaben bietet; im übrigen aber dann, wenn die Wehrvorlage Gesetz geworden ist, unverzügliche Bearbeitung der Steuerfragen.“

Kompromißpläne des Zentrums.

In parlamentarischen Kreisen ist bekannt, daß das Zentrum sich bemüht, ein Kompromiß herbeizuführen, und zwar wird unter Führung des Grafen Rafschka an einem neuen Steuer- und Vermögensgesetz gearbeitet, der zwar eine Reichsvermögenssteuer darstellt, aber den Einkommensteuern dabei so viele Freiheiten läßt, daß von einer einheitlichen Durchführung dieser Reichsvermögenssteuer keine Rede mehr sein kann, so daß in dem Vorstich eine allgemeine Besteuerung im Sinne der liberalen Forderungen kaum erlöst werden könnte.

Zum Rücktritt des Generals von der Goltz.

Halle, 29. Mai.

W. G. Colmar Freiherr von der Goltz, der am 12. August d. J. seinen 70. Geburtstag feiern kann, hat, wie bereits mitgeteilt, wie im Vorjahre auch jetzt wieder sein mit Altersrückwärts motiviertes Abschiedsgesuch an allerhöchster Stelle eingereicht. In wohlinformierten Kreisen unterliegt es keinem Zweifel, daß das Gesuch des greisen Generals diesmal vom Kaiser angenommen wird. Die Verabschiedung dürfte von einem besonderen kaiserlichen Gnadenbeweis begleitet sein.

Es ist in dieser Zeitung von den mannigfachen Verdiensten des Generals von der Goltz auf militärischem Gebiete, ebenso von seiner persönlichen Tapferkeit in zwei Feldzügen — von der Goltz kämpfte 1866, wo er bei Trautenau einen Schutz in die Schulter erhielt, und 1870/71 als Generalstabschef im Oberkommando unter Prinz Friedrich Karl mit — schon oft genug die Rede gewesen; wir können uns also die üblichen Zeitungserzählungen an dem Grabe der militärischen Karriere des tapferen und klugen Offiziers sparen. Freiherr von der Goltz selbst liebt diese Art von „Bekanntmachung“ am allerwenigsten, von der Goltz ist wie Graf Haefeler, mit dem er im Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl nach Frankreich zog, und dessen soldatisch-ferne Art stark auf ihn abgefaßt haben mag, einer der wenigen hohen Truppenführer in der preussischen Armee, die sich im Volke einer gewissen Popularität erfreuen. Bei dem General von der Goltz ist es nicht zuletzt die umfangreiche literarische Tätigkeit, seine festge, bis in

die jüngste Zeit hinein ausgeübte Schreibweise in deutschen Tageszeitungen gewesen, die die Aufmerksamkeit in bürgerlichen Kreisen auf den so fleißig schriftstellenden General gelenkt hat.

Neben diesen literarischen Rundgebungen war es natürlich auch die Tätigkeit des Freiherrn von der Goltz-Polka als Instruktionsoffizier und später als Reorganisationsdirektor der türkischen Armee (in der der preussische Offizier zwölf kostbare Jahre seines Lebens in mühevoller Arbeit, bald mit dem türkischen Reichstraiener der Sultansgeneräle, bald mit dem türkischen Verwaltungsherrn kämpfend, verbrachte), die das Interesse in ungewöhnlichem Maße auf den General lenkte. Wenn auch nicht alle Militärkreise des temperamentsvollen preussischen Reorganisationsreife, wenn ihm auch das wertvolle Endziel: die Ausbildung des gemeinen türkischen Soldaten und die Modernisierung des Intendanturwesens, deren Manfo in dem letzten Balkankriege die für die Türkei so verhängnisvolle Rolle spielten — mißlang, so sind die Verdienste des preussischen Generals doch noch so hoch, daß sein Begehren von französischen Schreibstabsverfassungen daran etwas zu ändern vermöge. Wie brillant angelegt waren doch z. B. die leider nur halb ausgeführten fortifikatorischen Anlagen der Tschatabschanie oder die Umwallung von Adrianopel, die von Serben und Bulgaren lange genug bestürmt werden mußte!

Es ist menschlich erklärlich und beinrechtigt das Renommee des Freiherrn von der Goltz absolut nicht, wenn er von Begeisterung und Liebe für das Türkentum getragen, zweimal in den letzten Jahren, wo ihm die Führung verloren gegangen war, mit seinen Vorhergänger zusammenarbeitete: Das erste Mal bei Beginn des Tripolitsabzuges, wo er durch seine italienischen Artikel in einem Wiener Blatt die deutsche Regierung in arge Verlegenheit brachte, so daß in Berliner diplomatischen Kreisen der berechtigte Ruf laut wurde, es möge dem allzu fleißig schriftstellenden General nahegelegt werden, bei europäischen Konflikten in seinem Urteile etwas zurückhalten zu sein — ein Ruf, der auch Erfolg hatte —, das zweite Mal bei Beginn des Balkankrieges, wo er in seinem Gutachten im Auswärtigen Amte die Türkenherlichkeit doch etwas allzu sehr überhöhte.

Aber diese Schnitzer, die auf der Grenzlinie zwischen politischem und militärischem Gebiete liegen, vermögen den sonstigen großen Verdiensten, die sich sehr von der Goltz auf militärischem Gebiete bei der praktischen und theoretischen Fortbildung des preussischen Offizierskorps, bei seinen tatsächlichen Truppenübungen, bei seinen ausgezeichneten vorbildlichen Anweisungen als Chef des Ingenieur- und Pionierkorps keinen Abbruch zu tun.

Wir sprechen im Namen vieler, wenn wir dem greisen General einen geeigneten Lebensabend und eine weiterschaffende, glückliche Feder wünschen.

Pastitschs Exposé.

In der serbischen Stupitsina zu Belgrad hat am Mittwoch Ministerpräsident Pastitsch unter höchstem Beifall das Exposé vorgelesen, das eine Revision des zwischen Serbien und Bulgarien vor Beginn des Balkankrieges geschlossenen Bündnisvertrages von Bulgarien fordert. Pastitsch erklärt in seinem Exposé u. a.:

„Die jetzigen Differenzen zwischen Serbien und Bulgarien beschränken sich nicht auf die Deutung und Anwendung des Vertrages, sondern sie drehen sich hauptsächlich um die Frage, ob der Vertrag noch gilt oder nicht, weil tatsächlich viele der eingegangenen Verpflichtungen unerfüllt geblieben und gäbtreue vertragsmäßige Pflichten nicht getragen und Wätschen nicht geleistet worden sind, und weil die tatsächlichen Kriegsergebnisse hauptsächlich durch die äusseren Einflüsse wesentlichen Veränderungen gegenüber den Annahmen bei dem Vertragsschlusse erfahren haben. Nach dem Vertrage hatte Serbien ein Anrecht auf das Küstengebiet am Adriatischen Meere; infolge Eingreifens der Großmächte erfuhr es diesen Anspruch den Interessen seines Bundesgenossen. Es hat somit Anspruch auf einen Ersatz für diesen Verlust. Die Größe der serbischen Eroberungen in Makedonien kann den Verlust an politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit, den Serbien im Westen erlitten hat, nicht aufwiegen. Dies ist die wichtigste Veränderung gegenüber dem Vertrage, die ganz unvorhergesehen eingetreten und deshalb als „höhere Gewalt“ anzusehen ist und bei der Verteilung der eroberten Gebiete in Betracht gezogen werden muß. Die zweite wesentliche Änderung des Vertrages ist durch die Fortsetzung des Krieges nach dem Waffenstillstand hervorgerufen worden. Der Friede wäre damals möglich gewesen, wenn Bulgarien nicht Adrianopel und das weiter östlich gelegene Gebiet für sich gefordert hätte. Obgleich der Hauptzweck des Krieges damals schon erreicht war, brachte Serbien dem Bundesgenossen vertragsmäßig nicht vorzulegende Opfer, damit Bulgarien Adrianopel und Thrazien erhalte, was durch den Bundesvertrag nicht vorgelesen war. Serbien glaubt dafür ein Recht auf einen Ersatz auf anderer Seite erwerben zu haben. Die Großmacht haben Serbien eine durch den Vertrag vorgegebene Eroberung festgenommen; sie haben aber Bulgarien eine fast Wertung nicht beanpruchte Eroberung zu machen erlaubt. Hierdurch ist das Verhältnis zwischen den Bundesgenossen verändert worden und der Bündnisvertrag von Grund auf geändert. Jetzt ist auch die Zeit gekommen, weitere Abweichungen zu konstatieren, Bulgarien war nämlich durch

